

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 39. Köln, den 29. September 1911. 12. Jahrg.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratenannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Insertionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1546. — Redaktionsschluss ist Dienstag Mittag.

## Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Am 18. und 19. Sept. fand in Köln in der Bürgergesellschaft eine Sitzung der internationalen Kommission der christlichen Gewerkschaften statt, die von den Landeszentralen Deutschland, Oesterreich, Belgien, Schweiz, Holland und Italien beschickt war. Außerdem hatten sich sowohl aus Deutschland wie aus Belgien und Holland Gäste eingefunden, während die christlichen Gewerkschaften aus dem Norden Frankreichs einen Vertreter entsandt hatten zur Führungnahme mit den dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Organisationen.

Der Sitzung wurde zunächst der Bericht des internationalen Sekretariates vorgelegt, das seine Tätigkeit mit dem 1. Januar 1909 aufgenommen hat. Die christliche Gewerkschaftsinternationale hat insofern mit anderen Voraussetzungen wie die sozialistische zu rechnen, als sie nicht wie die letztere alles und jedes in die Schablone des Klassenkampfsprinzips hineinzwängen kann. Vielmehr fühlen sich die christlichen Arbeiter in ethischen, kulturellen und nationalen Fragen mit den übrigen Volksschichten verwachsen, sodass nicht ihre ganze Bewegung von einer Stelle aus einheitlich dirigiert werden kann. Das Schwergewicht der internationalen Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften liegt insbesondere bei den einzelnen Verbänden, wo Berufstätigen von mehr oder minder einheitlichem Gepräge im Vordergrund stehen. Auf diese Verhältnisse hat das internationale Sekretariat Rücksicht zu nehmen. Es hat seit der letzten Konferenz (August 1908) einen wesentlichen Ausgangspunkt für seine Tätigkeit darin gesehen, die Verhältnisse der christlichen Arbeiterbewegung nach Möglichkeit in den verschiedenen angeschlossenen Ländern an Ort und Stelle zu untersuchen, um seine Ratschläge im Sinne der Züricher Beschlüsse mit einer größeren Kompetenz erteilen zu können. Auch wurde, und zwar mit Erfolg, versucht, in Frankreich Verbindungen anzuknüpfen. Korrespondenzen mit den angeschlossenen Landeszentralen, Beobachtung der Presse in den betreffenden Ländern und notfalls Einwirkung auf dieselbe, Zustellung von Literatur, Erteilung von Informationen bei drohender oder bereits erfolgter Anwerbung von Arbeitern zu Lohnbrüdererei, Streikbruch etc., Verarbeitung von statistischen Materialien auf verschiedenen Gebieten waren die Hauptaufgaben des im Nebensamt geführten internationalen Sekretariates. Die Unterstützung desselben durch das Ausland beginnt erst in letzter Zeit eine wirksamere zu werden. — In der internationalen Kasse befinden sich Mk. 2160,25. Für die Zahlung der noch rückständigen Beiträge wurde als Termin der 1. Oktober 1911 festgesetzt, und für die Zahlung der weiteren Beiträge jeweils der 1. Juli des auf das Geschäftsjahr folgenden Jahres. — Im Anschluß an den Bericht des internationalen Sekretariates wird beschlossen, daß in Fragen von größerer Wichtigkeit für die Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder ein internationaler Austausch von Erfahrungen, Ratschlägen und namentlich Materialien stattfinden soll. Zu wichtigen Tagungen der einzelnen Landeszentralen und notfalls auch einzelner Berufsverbände wird das Sekretariat auf vorherige rechtzeitige Einladung hin und auf seine Kosten Vertreter entsenden. Der Statistiker soll in allen Ländern die größtmögliche Aufmerksamkeit zugewandt werden. In Italien, wo eine eigentliche Landeszentrale einzuweisen noch nicht eingerichtet werden kann, übernimmt der Vorsitzende der christlichen Holzarbeitergewerkschaft die Einrichtung eines Korrespondenzbureaus. Ein weiterer Beschluß verpflichtet die Landeszentralen zu regelmäßiger vierteljährlicher Berichterstattung an das Sekretariat, dem es anheimgestellt wird, je nach Bedürfnis die eingegangenen Berichte in einer eigenen Berichterstattung zu verarbeiten.

Den christlichen Gewerkschaften der einzelnen Länder geben an:

Land	Mitgliederzahl am 31. Dezember 1910	Augenblicklicher Mitgliederstand
In Deutschland	316 115	360 000
„ Oesterreich	82 342	—
„ Belgien	49 478	71 247
„ Holland	—	7 626
„ d. Schweiz	11 780	—
„ Italien	—	6 280
„ Rußland	3 000	3 000

Die Entwicklung ist im allgemeinen keine ungünstige gewesen; in einigen Ländern, wie beispielsweise in Belgien, war sie sogar eine sehr günstige. Dagegen läßt die Zentralisation in den gemischtsprachigen Ländern (Oesterreich und Belgien) noch sehr zu wünschen übrig. Deshalb wurden im Anschluß an ein ausführliches Referat über diesen Gegenstand die Beschlüsse der Züricher Konferenz betreffend die Zentralisation und Vereinigung der Zentralverbände in einer Landeszentrale für jedes Land nicht nur allgemein erneuert, sondern auch für die betreffenden Länder durch Zusatzbeschlüsse spezifiziert. Der Vertreter aus Frankreich schilderte die eigenartige Situation der christlichen

Arbeiterbewegung in seinem Lande. Zugleich warf derselbe einige grundsätzliche Fragen auf, die zu einer eingehenden Diskussion Anlaß gaben, als deren Resultat die volle Ueber einstimmung der Konferenzteilnehmer festgesetzt werden konnte. Auf belgischen Antrag hin wird eine Kommission von Vertretern aus Belgien, Holland und Deutschland eingesetzt, welche sich mit der Frage der Organisation und dem evtl. internationalen Zusammenschluß der Hafenarbeiter zu beschäftigen hat. Von etwaigen internationalen Kongressen und Konferenzen sozialer Institutionen, die in irgend einem angeschlossenen Lande stattfinden, ist das Sekretariat durch die betreffende Landeszentrale in Kenntnis zu setzen. Es findet alsdann ein internationaler Meinungsaustrausch über die Frage und die Art der Beschickung solcher Veranstaltungen statt.

In der Frage der ständigen und vorübergehenden Auswanderung von Arbeitern innerhalb der verschiedenen Länder wird das Sekretariat Materialien sammeln, während das Auswanderungsproblem selbst gegebenenfalls eine spätere Kommissionsitzung beschäftigen soll. Das Problem der Gewinnung des jugendlichen Nachwuchses beansprucht die angestrengteste Aufmerksamkeit der christlichen Organisationen in den verschiedenen Ländern. Die Art und Weise der Lösung dieses Problems ist den Verhältnissen der einzelnen Länder anzupassen.

Die zweite internationale Tagung der christlichen Gewerkschaften war ein deutlicher Beweis für den wesentlichen Fortschritt, welchen der christliche Gewerkschaftsgebäude in den einzelnen Ländern gemacht hat. Die ganze Tagung stand denn auch unter dem Zeichen einer hoffnungsfrohen Zuversicht in Bezug auf die weitere Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

## Zur Hilfskassenfrage.

In Nr. 35 unseres Verbandsorgans wurde darauf hingewiesen, daß auf sozialdemokratischer Seite der Plan erörtert wird, die „freien“ Hilfskassen in die sozialdemokratischen Gewerkschaften überzuführen. Der Gedanke hat etwas für sich, wenn man ihn nur vom agitatorischen Gesichtspunkt aus betrachtet. Geht man aber der Sache etwas nach, so zeigt sich bald, daß dieselbe auch eine Rehrseite hat und es sich die Gewerkschaften wohl überlegen werden, den Gedanken zu verwirklichen.

Die Gewerkschaften haben vielfach, um der Fluktuation der Mitglieder zu steuern und aus anderen Gründen, eine Unterstützung in Krankheitsfällen eingeführt. Diese bildet einen Zuschuß zum Krankengeld, kann aber infolge des verhältnismäßig geringen Betrages eine Zuschußkasse nicht ersetzen. Dazu kommt, daß den Mitgliedern ein Rechtsanspruch auf diese Unterstützung nicht zusteht, es ist vielmehr nur eine freiwillige Leistung. In günstigen Zeiten besteht für den Bezug der Krankenunterstützung ja keine Gefahr; anders ist die Sache aber in sturmbelegten Zeiten, wo die Kassen der Gewerkschaften von Lohnbewegungen stark in Anspruch genommen werden oder in Zeiten des wirtschaftlichen Rückgangs, in denen mit Arbeitslosigkeit zu rechnen ist.

Daß die Gewerkschaften ihre Geldmittel nicht ausschließlich für Unterstützungszwecke benötigen, ist jedem Einsichtigen klar. Andererseits muß aber doch den Mitgliedern eine gewisse Sicherheit auf die Anwartschaft der Unterstützungen gegeben werden, wenn sie nicht das Vertrauen verlieren sollen. In der heutigen Zeit, wo die Führung der Lohnbewegungen nicht mehr von den Arbeitern und ihren Organisationen allein abhängt, sondern die Arbeitgeber und ihre Verbände mit in Betracht kommen, auch die Bewegungen einen ganz anderen Umfang haben als ehemals, müssen die Gewerkschaften auf Stärkung ihrer Mittel bedacht sein, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Ist eine Gewerkschaftskasse aber durch Krankens-, Arbeitslosen- und andere Unterstützungen zu stark in Anspruch genommen, kann sehr leicht der Fall eintreten, daß sie im Falle eines Kampfes erschöpft ist und die Gewerkschaft nicht mit dem nötigen Nachdruck eine Bewegung führen kann.

Vielfach lassen sich die Mitglieder durch scheinbar hohe Kassenbestände täuschen. Der „deutsche“ Holzarbeiterverband sah sich beispielsweise im Vorjahre genötigt, trotz eines Kassenbestandes von 2 Millionen Mk., bei der Tarifbewegung einen Ertragsbeitrag zu erheben und darauf eine allgemeine Beitragserhöhung vorzunehmen. In dem bei der Urabstimmung vom Verbandsvorstand herausgegebenen Zirkular wird darauf hingewiesen, daß der Kassenbestand von 2 Millionen in der Hauptsache nur den Reservefond für die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung darstelle, der für die übrigen Aufgaben nur im äußersten Notfalle angegriffen werden darf und dann auch schnellstens wieder ersetzt werden mußte. Ist schon bei der in bescheidenen Grenzen sich bewegenden Unterstützung eine so große Summe notwendig, so drängt sich ohne weiteres die Ueberzeugung auf, daß für weitergehende

Unterstützungen, wie sie die Hilfskassen heute bieten, noch größere Summen erforderlich sind. Es kommt ferner dazu, daß den Mitgliedern, wenn ihnen die Gewerkschaft die Hilfskasse ersehen soll, bestimmte Garantien gegeben werden müssen. Das kann eine Gewerkschaft aber nicht. Einen Rechtsanspruch auf Krankenunterstützung kann sie nicht gewähren; würde sie es, so müßte sie sich dem Gesetz über privaten Versicherungen unterstellen und dieses stellt Anforderungen, denen nachzukommen einer Gewerkschaft unmöglich ist. Den Mitgliedern ist aber mit einer auf Freiwilligkeit beruhenden Unterstützung auf die Dauer nicht gedient.

Aus diesem heraus ergibt sich, daß der Gedanke auf Eingliederung der „freien“ Hilfskassen in die Gewerkschaften nicht so verlockend ist als wir es auf den ersten Anblick aussieht. Es ist keinen Augenblick daran zu zweifeln, daß die Gewerkschaften das „Geschäft“ wohl gerne machen würden, wie ja die Auslassungen der (sozialdemokratischen) „Metallarbeiterzeitung“ auch beweisen, aber so einfach geht es nicht, wie manche Leute sich das vorstellen. Zweifelsohne lassen sich ein großer Teil der Mitglieder der „freien“ Hilfskassen auch nicht ohne weiteres abschütteln. Es ist schon darauf verwiesen worden, daß nicht alle Mitglieder der „freien“ Hilfskassen für bestimmte Gewerkschaften in Betracht kommen und andererseits werden sich alle dagegen verwahren, daß sie anstelle der bisherigen Rechtsansprüche freiwillige Unterstützungen eintauschen sollen und ein großer Teil überhaupt nichts mehr erhält. Wie sich die Ausschaltung einer großen Zahl Mitglieder der Hilfskassen mit der von den Sozialdemokraten ständig betonten „Humanität“ in Einklang gebracht werden kann, ist uns ein Rätsel.

Einstweilen dürfte die beabsichtigte „Eingliederung“ der „freien“ Hilfskassen in die Gewerkschaften noch gute Weile haben, wenn auch manche „Genossen“ mit Eifer daran arbeiten. Vorerst dürfte es ihnen noch wie jenem Fuchs ergehen, für den die Trauben, die er gerne gehabt hätte, zu hoch hingen und von denen er dann verächtlich sagte, daß er sie nicht wollte, weil sie noch sauer seien. Saurere Trauben sind die „Genossen“ tatsächlich die Hilfskassen, an deren Fortbestand die „Genossen“ kein Interesse haben, die sie auch gerne beseitigen würden, wenn es nur auf eine unauffällige Art geschehen könnte. Bei der Findigkeit der „Genossen“, sich aus allen Lagen herauszuwinden, ist es nicht ausgeschlossen, daß sie mit der Zeit auch aus dieser Sache einen Ausweg finden, deshalb heißt es: „Die Augen auf.“

Anmerkung der Redaktion: Ueber die Art, wie Hilfskassen beseitigt werden, belehrt die am 10. September zu Heidelberg stattgefundene außerordentliche Generalversammlung der Kranken- und Begräbniskasse der Tabakarbeiter H.-D. Die Generalversammlung beschloß die Auflösung der Kasse, da 1. die Verhältnisse im Tabakgewerbe zu einem äußerst starken Inanspruchnahme der Kasse führten — im ersten Halbjahr 1911 betrug die Mehrausgabe 3119 Mk. — und 2. infolge der erschwerten Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über kurz oder lang die Auflösung der Kasse doch erfolgen müsse. Folgender Beschluß wurde mit 19 gegen 1 Stimme gefaßt:

„Die Kranken- und Begräbniskasse wird aufgelöst und mit dem Gewertverein verschmolzen. Nach Deduktion aller bestehenden Verpflichtungen wird das übrigbleibende Vermögen dem Gewertverein überwiesen. Alle Unterstützungen, sowie Kranken- und Sterbegeld werden jenseitig aus der Gewertvereinskasse gezahlt.“ (Der Gewertverein Nr. 73. 13. 9. 1911.)

Die Kasse verfügt über ein Vermögen von 24 977,25 Mk., welcher Betrag dem Gewertverein der Tabakarbeiter H.-D. „auf die Strümpfe“ helfen könnte.

## „Sitz Berlin“ und der Lohnkampf auf der Schichau-Werft.

Wir haben bereits aus Anlaß unserer Auseinandersetzung mit dem Berliner „Arbeiter“ geschrieben, daß Berichterstatter des „Arbeiter“ es mit der Wahrheit nicht besonders ernst nehmen, sobald sie auf die christliche Gewerkschaftsbewegung, oder auf Lohnbewegungen zu sprechen kommen, die ohne Gemeinnützigkeit „der drei Eigenbröckler in Berlin“ (wie die „Ermländische Zeitung“ den „Sitz Berlin“ benennt) geführt werden.

Der Streik auf der Schichauwerft in Danzig ist, wie wir bereits berichteten, nach 20wöchentlicher Dauer beendet. Ein direkter Erfolg wurde bei diesem ersten Kampf noch nicht errungen, wenn auch der moralische Erfolg, der freilich bei den „Eigenbröcklern“ nichts gilt, nicht hoch genug in Rechnung gesetzt werden kann. Den Abbruch des Kampfes, welcher letzterer mit seltener Sinnmäßigkeit geführt wurde, nimmt der „Arbeiter“ zum Anlaß, „die Verkehrtheit“ des Streiks überhaupt zu untersuchen. Dem Untersuchenden ging es nun aber wie dem Schüler in Goethes Faust. Ihm „wird von all dem so bumm, als ging ihm ein Mühlrad im Kopf herum“. Im Kopf des Berichterstatters des „Arbeiter“



haben sich die wunderlichsten Dinge herumgewirbelt; und das Ergebnis dieser Notierung wird in der Nummer 19 des „Korrespondenzblatt“ (Beilage zu Nr. 37 des „Arbeiter“) vorgelegt.

„Von verschiedener Seite wird uns als Wahrheit mitgeteilt, daß die Streikenden billere Not gestitten haben. Das Reichshaus hat zur Aufbewahrung der Verfassungstücke von den Streikenden noch besondere Räume hinzunehmen müssen. Streikende, die nicht die volle Unterstützung erhielten, haben die Umgegend von Danzig abgeklappert und in verschiedenen kleinen Betrieben um milde Gaben angesprochen. Auf drei und mehr Jahre sind die Arbeiter geschäftigt.“

„Weil wir nicht mit dem großen Haufen mitgelaufen sind und verhindert haben, daß auch in Elbing durch den beabsichtigten Streik ein noch viel größeres Elend als in Danzig hervorgerufen würde, haben wir erreicht, daß sich sogar Mitglieder der Streikgewerkschaften gegen den Streik erklärten. Ohne irgendwo zu bitten und zu betteln, sind wir unsern zwar dornenvollen, aber geraden Weg allein gegangen, und wir können mit dem Erfolg zufrieden sein. Jedes Mitglied der katholischen Berufsorganisation muß jetzt noch eifriger als wie bisher seine Pflichten erfüllen (regelmäßigen Versammlungsbefuch, Führung von Haushaltungsbüchern, Lohnlisten) und mit Eifer an der Gewinnung neuer Mitglieder arbeiten.“

Schlimmer ist wohl noch nie die Wahrheit malträtirt worden, wie in vorstehenden Zeilen des „Arbeiter“. Es ist eine böswillige Erfindung, daß das Reichshaus in Danzig, noch besondere Nebenräume zur Aufbewahrung der Verfassungstücke hinzunehmen hat müssen. Wir fragen den „Arbeiter“: 1. Welches Reichshaus hat Nebenräume für Verfassungstücke der Streikenden hinzugemietet? 2. Welche Streikenden haben die Umgegend von Danzig abgeklappert und um milde Gaben angesprochen? Wir erwarten auf diese Fragen eine klare und keine sog. „Berliner“ Antwort. Kann er die Fragen nicht beantworten, so werden wir seinen Bericht-erläuter nennen und ihn öffentlich als Verleumdeter brandmarken. Wir glauben ihn zu kennen!

Heiter wirkt es, daß derselbe Berichtslatter den Berlinern einen Erfolg andichtet, der ihnen nicht gebührt. Weshalb der Kampf nicht auf Elbing ausgedehnt wurde, lag nicht an dem hiesigen Fachabteiler in Elbing. Ueber diese wäre man zur Tagesordnung hinweggegangen. Es wirkt nur komisch, wenn diese Deutchen so renommierten. Wenn sie ihre Ansicht vertreten wollen, so hätten sie dieses ja an anderer Stelle bedeutend besser gefonnt.

Als in Elbing die erste große von über 3500 Arbeitern besuchte Versammlung stattfand, da waren unter Leitung des Arbeitersekretärs Nietich auch mehrere Fachabteiler anwesend. Als gefragt wurde, wer noch das Wort wüßte, meldete sich kein Fachabteilungs-Arbeitersekretär, um gegen einen Kampf in Elbing zu sprechen. Als über die Resolution abgestimmt wurde, stimmte niemand gegen dieselbe. Also auch die Berliner und ihr Sekretär waren für die Resolution. Das sei hier festgestellt. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit daran, wie damals die „Ermländische Zeitung“, die sicher nicht bisher auf unserer Seite stand, schrieb, daß man nicht immer unter Verhüllung auf die Kunde die Arbeiter davon abhalten solle, ihre Lage zu verbessern. Mit theoretischen Erörterungen sei dem Arbeiter nicht gebietet. Natürlich darüber Empörung in den Reihen von „Eis Berlin“; der Arbeitersekretär setzte sich auf seinen Hosenboden und machte der Ermländischen den Standpunkt — ohne Erfolg — klar. Dafür wurde in einer Versammlung am 20. Aug. die Ermländische kräftig gebürst.

Na den Schafmachern Wasser auf ihre Mühlen zu liefern, beginnt der Artikelstreiber des „Arbeiter“ mit seinen beliebten Rechenkünftchen.

Er rechnet, daß bei Schichau in Danzig 1800 Mann gestreift haben. Diese hätten nach seiner Kuranz durchschmitt-lich 25 Mark pro Woche verdient. Das mache einen Lohnverlust von 900 000 Mark. In den 20 Wochen des Kampfes hat der Artikelstreiber nicht einmal Zeit gefunden, nachzu-suchen, wieviel Leute streikten. Drum sei ihm gesagt: Die Zahl der streikenden Arbeiter betrug am Beginn der dritten Woche 1444. Es kamen keine Arbeiter mehr dazu; 647 der Beteiligten waren angeperrt. Der „Arbeiter“ dichtet also 356 dazu. Da fehlt er keine Gewissenspeißel! Von der 5. Woche ab hatten bereits 500 Arbeiter anderweitig Arbeit, unter anderem circa 250 auf der Werft Seebeck in Gelsen-winde. Somit waren nur noch 944 vorhanden. Aber auch diese Zahl schwand immer mehr, so daß bei Abbruch des Streiks nur noch 764 Streikende und Angeperrte vorhanden waren. Man kann demnach im Durchschnitt — bei hoher Rechnung — nur circa 900 Arbeiter rechnen. Der „Arbeiter“ schwandelt 900 dazu. Demgemäß reduziert sich die Summe schon um 450 000 Mark. Das macht aber einem „Berliner“ nichts aus. Was den Durchschnittsverdienst von 25 Mark pro Woche anbetrifft, so sei auch da die Sache etwas anders. Die Firma läßt 30 Wochen streiken wegen eines Durchschnittsverdienstes von 35 Pfg. pro Stunde; das macht bei 60 Lohnstunden 21 Mark. Und dabei sollen die Arbeiter schon einen Durchschnittsverdienst von 25 Mark gehabt haben! Selbst Barcelona erzielten einen solchen Lohn nicht. Bleiben wir aber hier bei einem Durchschnitt von 21 Mark, so ergibt dies bei 900 Arbeitern 378 000 Mark. Der „Arbeiter“ hat sich so um die Bagatelle von 522 000 Mark verrechnet. Er klebt auch hier wieder Faust in Reie gezogen zu haben und hat nach diesen Worten: „Was man nicht weiß, das eben braucht man, und was man weiß, kann man nicht brauchen.“ geschrien. Die Wahrheit lautet er nicht ge-lommen, um sein Ego zu rechtfertigen. Wenn wir nun die Angabe des „Arbeiter“ über die angezählten 540 000 Mark Durchschnittsverlustungen gelten lassen wollen, dann hätten die Arbeiter in den 20 Wochen 172 000 Mark mehr Unter-stützung erhalten, als sie bei Schichau verdient hätten. Wäre dies ein jeder einzeln ansmacht, mag sich „der Arbeiter“ glücklich selbst anrechnen.

Die vorstehenden Angaben dürften ein Beitrag sein zur Arbeitslosigkeit von „Eis Berlin“. Da sich aber verschiedene Schwachheiten in ähnlichen Thesen zeigen, ist best an-

zunehmen, daß „der Arbeiter“ und die Schafmacher aus ein und derselben Quelle bedient sind. Beide ziehen ja an ein und derselben Stricke.

Die Arbeiterkassette im Ermland beginnt Gott sei Dank aufzuwachen. „Eis Berlin“ sieht schon, wie ihm die Felle fortzuschwimmen beginnen, betreibt dessenungeachtet aber eine „Vogel-Strauß-Politik“ zum Schaden der katholischen Arbeiter. Die Saat von „Eis Berlin“ wird in der Hauptsache die Sozialdemokratie ernten. Sollts anders sein, so ist zur Aende-rung der Dinge keine Zeit mehr zu verlieren. Wir haben gemahnt. I. I.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerk-sam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 39. Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. bis 30. September fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 15 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 0,65 Mk.) erhält die Zahlstelle Sigen a. S.

### Bestimmungen für die Mitglieder während der militärischen Dienstzeit.

Die zum Militär einrückenden Verbandsmitglieder machen wir auf folgende Bestimmungen aufmerksam:

Bevor ein Mitglied seine Dienstzeit antritt, muß es sein Mit-gliedsbuch bei der Lokalverwaltung abgeben. Diese hat es zur Aufbewahrung der Geschäftsstelle des Verbandes einzuliefern.

Während und bei Beendigung der Dienstzeit erhalten diese Mitglieder die vom Verbandstage in Münster beschlossene Militär-unterstützung.

Vorbedingung für den Bezug der Militärunterstützung ist eine 26 wöchentliche Mitgliedschaft und die Entrichtung von 26 Wochen-beiträgen vor der Dienstzeit. Die Beiträge müssen bis zum An-tritt der Dienstzeit entrichtet worden sein. Mer mit den Beiträgen im Rückstande ist, verwickelt die Unterstützung.

Die Unterstützung wird ausbezahlt im zweiten und dritten Dienstjahr am Weihnachtsfest, sowie nach beendigter Dienstzeit beim Wiederkommen der Mitgliedschaft.

Die Auszahlung der Unterstützung während der Dienstzeit ge-schieht durch den Zentralvorstand. Damit die Zusendung der Unterstützung erfolgen kann, muß dem Zentralvorstand vor dem zweiten und dritten Weihnachtsfest von dem betreffenden Soldaten die Adresse mitgeteilt werden.

Nach beendigter Dienstzeit muß das Mitglied sein Buch vom Zentralvorstand zurückfordern. Mit der Rücksendung erfolgt dann gleichzeitig eine Anweisung auf Auszahlung der letzten Rate der Militärunterstützung. Auf Grund dieser Anweisung wird die Unterstützung von derjenigen Lokalverwaltung aus bezahlt, wo die Anmeldung innerhalb 6 Wochen nach beendigter Dienstzeit erfolgt. Ist keine Zahlstelle am Orte vorhanden, wird die Unterstützung vom Zentralvorstand zugesandt.

Im übrigen treten alle Mitglieder, die vor der Militärzeit ihre sämtlichen Beiträge entrichtet haben, nachher wieder in ihre alten Rechte ein, wenn die Anmeldung zum Verbands innerhalb 6 Wochen nach beendigter Dienstzeit erfolgt.

Die Dauer der Dienstzeit wird im Mitgliedsbuche durch einen Stempelvermerk in den Kartenfeldern bescheinigt.

Die Kassierer der Zahlstellen werden darauf aufmerk-sam gemacht, daß den Reservisten eine besondere Anweisung zur Erhebung der Militärunterstützung zugeht. Der Betrag von 5 Mk. ist dem Zahaber der Anweisung nur in dem Falle zu zahlen, wenn er auch sein Mitgliedsbuch vorlegt, seine An-meldung in der Zahlstelle vollzieht und durch seinen Militärpaß nachweist, daß seine Entlassung vom Militär nicht länger als 6 Wochen zurückliegt.

Der Empfang des Geldes muß vom Bezugsberechtigten durch Namensunterschrift auf der Anweisung quittiert werden. Der ausgezahlte Betrag ist mit der Hauptkassette bei der Quartals-abrechnung zu verrechnen und der Unterstützungsbeleg mit den Abrechnungspapieren an die Geschäftsstelle des Verbandes einzuliefern.

Die Abrechnungen für das III. Quartal müssen laut Statut bis spätestens 15. Oktober bei der Geschäftsstelle in Köln eingelaufen sein.

Die Meldefarte zur Arbeitslosenstatistik ist von den Zahlstellen bis spätestens 1. Oktober abzuhenden.

Verloren wurde das Mitgliedsbuch Nr. 42 379 auf den Namen Carl Steampfhuber ausgekelt. Das Buch ist für ungültig erklärt.

### Lohnbewegung.

Die Dehormaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Abschlußschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzuliefern.

### Der Jahrgang ist fertiggestellt

Druckern und Satzmaschinen: Münsterl. B., Stol-berg, Hamm, I. Hoff. Buchbinder: Rißer, Rißerhammer (Rods & Co.). Finanzbeamten: Bonn (Röhling). Möbelkassierer: Düsseldorf.

### Änderungen in laufenden Tarifverträgen.

Im Monat Oktober treten auf Grund der vom Zentralverband christlicher Holzarbeiter mit den Organisationen der Arbeitgeber abgeschlossenen Tarifverträge folgende Änderungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Kraft:

Duisburg (Alle Arbeitsstätten des Schreinerhandwerks in A. Duisburg). Der Stundenlohn wird am 1. Oktober allge-mein um 1 Pfg. erhöht. Der Durchschnittslohn der Schreiner steigt auf 55 Pfg.; derjenige der Maschinenschreiner auf 58 Pfg. pro Stunde. Die unterste Lohngrenze ist um 10 Prozent niedriger als der Durchschnittslohn. Für Gesellen im 2. Gesellenjahre die unterste Lohngrenze nicht mehr wie 15 Prozent unter dem Durchschnittslohn stehen.

Fürth i. B. (Alle Betriebe der Tischlerei und Holzbearbeitung). Am 1. Oktober tritt eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche ein, wonach die tägliche Arbeitszeit alsdann wie folgt festgesetzt wird: Am Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag von vormittags 7 Uhr bis abends 6 Uhr mit Mittagspause von 12 bis 1 1/2; am Samstag von vormittags 7 Uhr bis mittags 12 1/2 Uhr. Die Mittagspause fällt an diesem Tage fort. Der durch die Arbeitszeitverkürzung entstehende Lohnausfall wird von den Arbeitgebern gedeckt und zwar teils als Ausgleich eine Lohnerhöhung von 1 Pfg. pro Stunde er-folgt.

Goch (Margarinenwerke Jürgens & Pringen, S. m. b. H., Ver-teilung Holzbearbeitung). Die Tagelöhne der Arbeiter erfahren am 1. Oktober eine Erhöhung von 25 Pfg.; diejenigen der Arbeiterinnen von 12 1/2 Pfg. Die Akkordlöhne erfahren eine d- Erhöhung der Tagelöhne entsprechende Steigerung. Der Mindest-lohn der Reparaturschreiner beträgt 3,45 Mk.; der Küfertagelohn 3,25 Mk.

Gildesheim. (Tischlergewerbe). Auf die bestehenden Abh-erfolgt ein Zuschlag von 1 Pfg. pro Stunde. Der Durchschnitts-stundenlohn steigt von 45 auf 46 Pfg.

Göhrst a. M. und Umgegend. (Möbelfabriken). Auf b-im Akkordtarif festgelegten Lohnsätze für Bettstellen, Garnituren und zweiteilige Schränke erfolgt ein Zuschlag von 1%, wenn die Gegenstände poliert geliefert werden.

Mannheim. (Schreinererei). Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 54 auf 53 Stunden verkürzt.

Osnabrück. (Tischlergewerbe). Die wöchentliche Arbeitszeit wird am 1. Oktober von 56 auf 55 Stunden verkürzt und wird diese gekürzte Stunde auf den Sonnabend gelegt. Als Lohnausgleich wird der Stundenlohn um 1 Pfg. erhöht. Der Durch-schnittslohn steigt von 48 auf 49 Pfg. pro Stunde. Auf Akkord-arbeit findet die Lohnerhöhung sinngemäß Anwendung.

Tarnewitz. (Worpsweder Werkstätten, Franz Bogeler). Die Arbeitszeit beginnt ab 1. Oktober um früh 6 Uhr und endet abends 6 Uhr. Für alle Arbeiten tritt eine Lohnerhöhung von 1 Pfg. pro Stunde in Kraft.

Bierfen. (Polstermöbelfabrik Geufels). Für die Zeit von 1. Oktober bis Weihnacht, wird in der Stoffabteilung ein Zuschlag von 5 Prozent auf die Akkordlöhne gezahlt.

Weeze. (Möbelfabrik G. Geenen). Die Arbeitszeit wird am 1. Oktober auf 10 Stunden reduziert. Sie beginnt morgen 7 Uhr und endet um 6 1/2 Uhr abends, mit Mittagspause von 12 bis 1 Uhr.

Vertragsdurchführung in Bad Deynhausen. Nachdem der neue Tarifvertrag mit dem Arbeitgeberschutzverbande ab-geschlossen und unterzeichnet, war es Aufgabe der Organisation den Vertrag auch in den Betrieben, die nicht dem Schutz-verbande angehören, zur Durchführung zu bringen. Diese ist gelungen. Folgende Betriebe gaben die schriftliche Er-klärung ab, daß sie den mit dem Schutzverbande abgeschlossenen Vertrag auch für ihren Betrieb als maßgebend anerkennen und damit einverstanden sind: Franz Brüder, Limmerberg und Volkmann, C. Krahe, K. Wittelmeyer. Damit ist jetzt für alle Betriebe in Deynhausen und Umgebung der Vertrag eingeführt. Jeder Kollege hat nunmehr die Pflicht, für die strikte Durchführung des Vertrages zu sorgen. Treue Festhalten am Zentralverband christlicher Holzarbeiter wird diese Pflicht wesentlich erleichtern.

Erfolg in Weeze. Nach mehrmaligen Verhandlungen mit dem Inhaber der Möbelfabrik von Gerhard Geenen ist es im Laufe der vergangenen Woche gelungen, festzulegen, daß mit dem 1. Oktober die 10 stündige Arbeitszeit eingeführt wird. Bisher wurde noch 10 1/2 Stunden gearbeitet. Die Akkordpreise müssen dem Verhältnisse nach neu geregelt und tariflich festgelegt werden. Auch wurden sonst noch verschiedene kleinere Verbesserungen erzielt. Zum ersten Male wurden die Verhandlungen durch die Organisation geführt, während früher die Verhandlungen stets mit dem Arbeiterausschuß ge-tätigt werden mußten.

Lohnbewegung in der Bielefelder Nähmaschinenindustrie. Die in den verschiedensten Verbänden organisierten Arbeiter der Bielefelder Nähmaschinen- und Fahrradindustrie, mehrere Tausend an der Zahl, sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Zu fünf stark besuchten Betriebsversammlungen wurde fol-gende Resolution angenommen:

„Der im Jahre 1906 aus Anlaß der Beendigung der Lohn-bewegung in den Betrieben der Bielefelder Nähmaschinen- und Fahrradindustrie von den Arbeitern ausgesprochenen Erwartung, daß die Fabrikleitungen eine angemessene Erhöhung der Akkord-sätze dort eintreten lassen werden, wo trotz angestrengtester Arbeit-weise ein auskömmlicher Verdienst nicht erzielt sei, ist von den Fabrikleitungen nicht entsprochen worden. Dagegen sind in mehreren Fabriken in den Jahren des wirtschaftlichen Nieder-ganges Herabminderungen der Akkordsätze vorgenommen worden, ohne daß durch die Einführung technischer Verbesserungen oder voranschreitender Arbeitsmethoden den Arbeitern ein Ausgleich geschaffen worden wäre. Die Wirkung der Akkordabzüge war in den meisten Fällen denn auch eine Schwächung des Verdienstes. Statt einer Verbesserung der Arbeiterelkommen sind also in nicht geringem Umfange Verschlechterungen eingetreten.“

Dagegen haben die hohen Preise für Wohnungsmieten und Lebensmittel eine weitere Steigerung erfahren, auch die meisten anderen Verbrauchsgüter, wie Kleidungsstücke, und Haus-geräte sind im vergangenen Jahres fast teurer geworden. Endlich



auch die Staats- und Gemeindeabgaben nicht unwesentlich ge-
hen. Eine Erhöhung der Lohn- und Alterssicherung für die Arbeiter
daher zur unabwendbaren Notwendigkeit geworden. In-
sondere bedürfen diejenigen Lohn- und Alterssicherung einer be-
sonderen Aufbesserung, die es den Arbeitern nicht ermöglichen,
sie auch nur den beschwerlichsten Ansprüchen genügende Lebens-
haltung zu führen.

Die Versammelten beauftragen daher die Organisations-
leitungen, bezw. die für den Betrieb gewählte Arbeitervertretung,
der Organisation der Arbeitgeber bezw. der Fabrikleitung in
Verhandlung zu treten, um eine den gestiegenen Wohnungs- und
Lebensmittelpreisen entsprechende Erhöhung der Lohn- und
Alterssicherung herbeizuführen.

Eine weitere erhebliche Steigerung hat im letzten Jahr fünf
in Zentrale der Arbeit erfahren, und die Arbeitsteilung, d. h.
die Überlegung in einzelne Verrichtungen ist in vielen Arbeits-
stätten noch vollkommener durchgeführt worden. Der dadurch dem
Arbeiter zugefügte Schädigung seiner körperlichen Gesundheit und
seines geistigen Wohlbefindens kann nur durch eine Verkürzung
der Arbeitszeit begegnet werden. Die Versammelten erteilen da-
her den Auftrag, mit den Arbeitgebern auch über die Forderung
der Verkürzung der Arbeitszeit in Verhandlungen zu
treten.

Endlich bezeichnen die Versammelten die Sicherung und
die Stetigkeit des Arbeitsverhältnisses als einen
wichtigen Punkt, der der dringenden Regelung bedarf. Die in
den Krisenjahren 1908/1909 in mehreren Fabrikbetrieben vor-
genommenen Arbeiterentlassungen sind von den Arbeitern als un-
gerechtfertigt und unnötige Härte empfunden worden, umso mehr,
als sich die Arbeiter bei Häufung von Arbeitsaufträgen noch nie-
mals geweigert hatten, Überstunden zu leisten. Als Anerkennung
dieser Haltung hätten die Arbeitgeber erwarten dürfen, daß bei ein-
setzendem Arbeitsmangel die Arbeitszeit in den Betrieben verkürzt
werden würde, bevor Entlassungen erfolgten. Das ist indessen
nicht geschehen, trotzdem verschiedentlich in Eingaben darum
erwähnt wurde. Zur Erhöhung der Arbeitsfreudigkeit kann es nicht
schaden, wenn die Arbeiter stets das Gefühl beschleichen müs-
sen, daß sie bei einsetzendem Arbeitsmangel ungeachtet der im Fabrik-
betriebe verbrachten Dienstjahre und ohne jede Rücksichtnahme zur
Entlassung bestimmt werden. Auch die Entlassung der Arbeiter
in Krankheitsfällen oder bei militärischen Übungen ist bei der
Regelung entsprechend zu berücksichtigen.

Tarifbewegung in Hamm. „Was lange währt, wird
endlich gut.“ Wenn's Sprichwort wahr ist, dann muß es auch
bei uns hier im Schreinergerber mal gut werden. Ein
langes Vierteljahr haben wir mit engelhafter Geduld mit der
Zunft, respektive mit dem Zunftvorstande herum-
gehandelt, um zum Schlusse von vorne wieder anzufangen,
nämlich mit den einzelnen Arbeitgebern zu verhandeln. Mit
der Zunft ist eben nichts anzufangen. Bei den Verhand-
lungen mit den einzelnen Arbeitgebern, von den jetzt 11 den
Vertrag unterzeichnet haben, kam es bei Herrn Schumann,
der 16 organisierte Kollegen beschäftigt waren, zum Streik.
Wie schon an so manchen Orten, wo die Kollegen noch nicht
kampferprobt sind, ging es auch hier. Nach kaum 3 Tagen
war der Betrieb mit 8 Arbeitswilligen besetzt. So schien
dem unsere Bewegung fast verloren. Doch es kam anders.
Es gelang die Arbeitswilligen von den arbeiterschädigenden
Folgen ihres Verhaltens zu überzeugen, und so kam es denn,
daß sie sich bekehrten. Und so hat Herr Schumann den
Vertrag unterzeichnet. So wäre der erste Streik mit einem
Erfolg beendet. Eine Reihe von Arbeitgebern hat den Vertrag
dieses noch nicht unterzeichnet. Auch wird die Durchführung
der Tarifbestimmungen noch auf Schwierigkeiten stoßen. Es
muß leider gesagt werden, daß ein großer Teil unserer
kämpferischen Kollegen der Sache viel zu gleichgültig gegenüber-
steht. Hoffentlich sind sie jetzt durch den Verlauf des Streiks
belehrt und springen sie etwas besser auf die Schaukel, wie
bisher. Nur dann ist es möglich, den Tarifvertrag einheitlich
zur Durchführung zu bringen. Neben allem Ernst entbehrt
unsere Bewegung auch nicht der Komik. Kein einziger
Arbeitgeber will Schuld daran sein, daß die Verhandlungen
nicht besser vorwärts kommen. Man bringt es sogar fertig
und sagt: „Der und jener hat zwar unterschrieben, wird aber
den Vertrag nicht halten.“ Zur Ehre unserer hiesigen Meister
wollen wir jedoch annehmen, so lange wir durch die Tat
nicht vom Gegenteil überzeugt sind, daß sie ehrliche Männer
sind, die ein gegebenes Wort halten. Im übrigen werden
wir auf dem Posten sein. Unseren Kollegen aber sei dieses
gerade ein Ansporn zur Tätigkeit im Verband und für den
Verband. Jetzt heißt es den Unorganisierten „auf die Bude
steigen“. Jeder Kollege nehme sich einen vor und sind
dann keine mehr da, dann geschult und die Versammlungen
besucht. Auf diese Weise nehmen wir den Arbeitgebern auch
die Besorgnis ab über die Frage: Wie soll denn bei uns
der Tarifvertrag durchgeführt werden?

Der Streik in Worms ist beendet. Die Verhandlungen
mit den Arbeitgebern haben für die Kollegen ein annehm-
bares Resultat ergeben. Die Arbeit ist am Montag, den
25. September wieder aufgenommen.

Der Streik der Tapezierer bei der Firma Steinhardt &
Schumann, Postermöbelfabrik in Köln, wurde nach nur
zweiwöchiger Dauer beigelegt. Die Firma fand sich, nachdem
es sah, daß die Kollegen ernst machten, bereit, den Tarif an-
zuerkennen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Gevelsberg. Am 20. September fand hier die Wahl des
Zellenausschusses zur Schreiner-Zunft statt. Die Liste des
Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands wurde glatt
gewählt.

Lahn. Die Notwendigkeit der Organisation wird von den
Holzarbeitern am Orte immer mehr anerkannt. Sind dieselben
auch zum größten Teile organisiert. Unsere Zahlstelle hat jetzt
eine Zahl von 125 Mitgliedern erreicht. Aber es sind immer noch
viele Kollegen da, die uns fern stehen. Darum gilt es, mit aller
Kraft weiter zu arbeiten, um sie für unsere Bewegung zu gewinnen.
In unserer Zahlstelle steht es im allgemeinen gut, nur der Be-
such der Versammlungen läßt noch zu wünschen übrig. Das ist aber
nicht aufzuführen auf die ländlichen Verhältnisse, mit denen wir stark
rechnen haben. Wir hoffen aber, daß trotz allem der Be-
such der Versammlungen in der nächsten Zeit besser wird. Eine Orts-
gruppe mit nur zahlenden Mitgliedern, der das innere Leben fehlt,

kann nicht als auf der Höhe stehend angesprochen werden. Kollegen!
Werbt neue Mitglieder, hebt das innere Leben der Zahlstelle durch
stärkeren Versammlungsbefuch!

Schöna u. W. Hier besteht seit einem halben Jahre ein
Streit zwischen den vorhandenen Kassenärzten, sowie zwischen
den Krankenkassenvorständen und den Kassenmitgliedern. Der
anfassigste großherzogliche Bezirksarzt Dr. Kiefer hatte den Kassen
seine Praxis gekündigt, mit der Begründung, er könne mit dem
zweiten selbständigen Kassenarzt Dr. Illing unter den obwaltenden
Umständen die Kassenpraxis nicht mehr weiterführen. Hierauf
kündigten die Kassen Herrn Dr. Illing den Vertrag gegen den
Willen der meisten Kassenmitglieder. Die christlichen Gewerk-
schaften nahmen sich der Rechte der Kassenmitglieder an und
interpellierten die Kassenvorstände und das großherzogliche Bezirks-
amt. Diese Eingaben wurden teils übergangen, teils als unbe-
gründet abgelehnt. Nun waren die Kassenmitglieder gewillt, den
äußersten Schritt zu tun und sich ans Ministerium zu wenden.
In einer am 22. September stattgefundenen Versammlung wurde
eine diesbezügliche Eingabe mit über 120 Unterschriften versehen.
Diese enthält u. a. die Forderung, das großherzogliche Ministerium
möge Herrn Bezirksarzt Dr. Kiefer veranlassen sich einen andern
Wirkungskreis aufzusuchen. Der großherzogliche Bezirksarzt Herr
Dr. Kiefer hatte scheinbar erfahren, daß die Kassenmitglieder gewillt
sind, jetzt energisch vorzugehen. Er ließ deshalb durch den Lokal-
wirt anfragen, ob ihm der Zutritt zur Versammlung gestattet sei.
Die Versammlungsleitung erteilte hierzu ihre Zustimmung und
wies dem Herrn einen Platz am Vorstandstische an. Gewerk-
schaftssekretär Kiefer teilte ihm auch den auf ihn bezüglichen
Passus der Eingabe mit. Statt nun der Versammlung klar und
deutlich mitzuteilen, warum er den ganzen Werkzeckreit eingeleitet
hat, polemisierte der Herr Bezirksarzt gegen die „jogenannten“
christlichen Gewerkschaften, lobte die sozialdemokratischen Gewerk-
schaften und sprach weiter von ehrengerichtlichen Verfahren u. s. w.
Seine Ausführungen waren ein großes Durcheinander. Als
Gewerkschaftssekretär Krummele auf die „Rebe“ näher einging,
erklärte dieser großherzogliche Bezirksarzt zweimal deutlich ver-
nehmbar: „Lieber rot als schwarz.“ Im weiteren Verlaufe der
Versammlung stellte Gewerkschaftssekretär Kiefer unter Zustimmung
der Versammlung fest, daß das Verhalten des Herrn Dr. Kiefer,
die Ansicht bestätigte, daß er angetrunken sei. Der groß-
herzogliche Herr Bezirksarzt holte hierauf mit der Hand aus, um
Gewerkschaftssekretär Kiefer ins Gesicht zu schlagen. Letzterer
parierte den Schlag aber ab und forderte den Herrn auf, sofort
das Lokal zu verlassen. Als Herr Dr. Kiefer dieser Aufforderung
keine Folge leistete, wurde er an die frische Luft gesetzt. Da ihm
hiermit das Versammlungsklokal verwiesen war, ging er in die
Wirtsstube und erzielte die Wirtin 4—5 mal dem Gewerkschafts-
sekretär Kiefer mitzuteilen, wenn er ihn erwische gebe er ihm
eins hinter die Ohren, daß er genug habe. Damit noch nicht
genug, andern Tags (23. Sept.) kam er in Begleitung eines
Kaufmanns in die Wirtsstube legte einen anständig gekauften
Revolver vor sich auf den Tisch und sagte: „Wenn ich einen
dieser beiden (Krummele oder Kiefer) erwische, so werde ich ihn
verprügeln oder noch was besseres tun, ich habe noch Instrumente
genug.“ Die beiden Gewerkschaftssekretäre machten hierauf bei
der Gendarmarie sofort Anzeige gegen diesen Staatsangestellten.
Eine diesbezügliche Beschwerde geht das Ministerium des Innern
in Karlsruhe an. Wie Figura zeigt, haben wir's im „Muschler-
ländle“ schon herrlich weit gebracht.

Hagen i. W. Die Adresse des Ortskartells ist vom 1. Okt.
ab: Hochstraße 87, 1. Etage (Ecke Hoch- und Goldbergstraße).
Telefonnummer ist wie bisher 1298. Die neue Adresse
wolle bitte von den Kollegen beachtet werden. In dem genannten
Gauße befinden sich ab 1. Oktober auch die Sekretariate der chris-
tlichen Metallarbeiter und der Bauarbeiter, sowie das katholische
Arbeitersekretariat.

Detmold. Der Vorstand der Ortskrankenkasse der vereinigten
Fabrikarbeiter in Detmold sendet der Redaktion des „Holzarbeiter“
eine Verächtigung, deren Ausnahme auf Grund des § 11 des
Pressegesetzes verlangt wird. Ein sonderbares Verlangen, da die
Einsender der Verächtigung selbst erklären, sie hätten die Notiz
im „Holzarbeiter“, die der Verächtigung bedürfe, nicht gelesen.
Sie berufen sich vielmehr auf die „Lippische Tageszeitung“, die die
Notiz zum Abdruck gebracht habe. Aber nicht nur die Notiz des
„Holzarbeiter“ ist den Herren unbekannt, sondern auch der § 11
des Pressegesetzes; die Art der Verächtigung beweist das. Von der
verlangten Aufnahme der Verächtigung wollen wir trotz der Be-
ruhung auf den § 11 des Pressegesetzes Abstand nehmen, da wir
trotz allem, was der Vorstand der Detmolder Ortskassa der ver-
einigten Fabrikarbeiter auch zu ungunsten der nichtsozialdemo-
kratischen Kassenmitglieder beschlossen haben mag, doch noch
joviel Gemüt besitzen, die Einsender nicht allzu sehr zu blamieren.
Mitgeteilt sei aber, daß die im „Holzarbeiter“ Nr. 35 veröffent-
lichte Notiz insofern zu falschen Schlussfolgerungen führen konnte,
als die enge Verbindung des Krankenkassenvorstandes über-
haupt, zum Kartell der sozial. Gewerkschaften erwähnt wurde.
Daß nur die Arbeiter im Vertreter im Kassenvorstand dabei
gemeint waren, sei hiernüt präzis festgestellt. Im übrigen sollte
man sich im Kassenvorstand beruhigen und die Badeanstalt im
evangel. Vereinsbause den Mitgliedern wieder zur Benutzung
freigeben.

Gobesberg. Unter der Spitzmarke „Christlicher Terrorismus“
brachte die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ in Köln eine
Notiz, die besagte, daß in einer Schreinerie in Gobesberg die
christlichen Arbeiter mit Niederlegung der Arbeit gedroht hätten,
falls ein sozialdemokratischer Arbeiter eingestellt würde. Diese
Notiz ist un wahr. Es hat zwar ein Arbeiter erklärt, er würde
aufhören für diesen Fall. Dieser Arbeiter ist jedoch nicht or-
ganisiert. Die übrigen fünf christlich organisierten Arbeiter
haben eine solche Erklärung nicht abgegeben. Sie erfuhren von
der Sache erst durch die Beschwerde eines sozialdemokratischen
Arbeiters. Das Terrorismus-Geschwäh der Rheinischen Zeitung
ist demnach zu bewerten. Wenn ein Meister dem sozialdemo-
kratischen Arbeiter die Erklärung abgegeben hat, daß die christlich organi-
sierten Arbeiter die Arbeit niederlegen wollten, so hat er eben
die Unwahrheit gesagt. Ehe daher der „Genosse“ seine Tartaren-
nachricht in die Welt hinaus posant, hätte er sich bei den chris-
tlich organisierten Holzarbeitern erkundigen sollen. Es ist aber
nicht das Mal, daß mit großem Tam-Tam verbreitete Nachrichten
der sozialdemokratischen Presse sich als Schauermärchen heraus-
stellen.

Sterbetafel.

Fritz Radenberg, Württemberg, langjähriges Vorstands-
mitglied und Kassier der Zahlstelle Lippstadt, gestorben zu
Lippstadt.

Ruhe in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Für die Sozialdemokratie erklärte sich am 15. September
eine Stellmacherversammlung des deutschen Holzarbeiterverbandes
in Hamburg. Ein „Genosse“ Sauer sprach über das Thema „Ge-
werkschaften und Reichstagswahl“. Das „Hamburger Echo“ Nr.
221 berichtet darüber:

„Der Redner führte aus, daß die Arbeiten der letzten Legis-
laturperiode des deutschen Reichstages recht vielfältig gewesen
seien und deshalb den bürgerlichen Parteien für die bevor-
stehenden Wahlen ziemlich viel Stoff zur Verfügung stehe.
Aberdings so meint der Redner, hätten sämtliche Parteien, mit
Ausnahme der sozialdemokratischen, alle Ur-
sache, den weitaus größten Teil ihrer parlamen-
tarischen Tätigkeit vor ihren Wählern zu ver-
bergen. Zum Schlusse seiner Ausführungen ersucht der Redner
überall für die sozialdemokratische Partei zu agi-
tieren. Nur dadurch könnten wir bei der kommenden Wahl
siegen. In der Diskussion sprachen die Kollegen Hippe und
Rüdert im Sinne des Referenten.“

So wirbt der deutsche Holzarbeiterverband für die Sozial-
demokratie, die Partei des organisierten Volksetrugs und Arbeiter-
verrats! Merken wir uns das für die Fälle, wo die Neutralität
dieses Verbandes herausgestrichen wird!

Christliche und Hirsch-Dundersche Gewerkschaften. Der
Lieblingsswunsch des verdienten Vorsitzenden der Gesellschaft
für Sozialreform Staatsminister a. D. Erzellenz Freiherr von
Berlepsch, zwischen den auf nationaler Grundlage bestehenden
Arbeiterberufsverbänden eine bessere Verständigung herbei-
zuführen, ist in den letzten Monaten teilweise verwirklicht
worden. Zwischen Vertretern der beiden Organisations-
richtungen und Freiherrn von Berlepsch fanden diesbezüglich
Verhandlungen statt, die dazu führten, daß in bestimmten,
konkreten Fällen zwischen den Zeitungen beider Gruppen eine
Verständigung über ein gemeinsames Handeln herbeigeführt
werden soll. Die beiderseitigen Metallarbeiterver-
bände sind über diese Abmachungen hinausgegangen und
haben untereinander — in der Hauptsache, um den terroristischen
Monopolbestrebungen der sozialdem. Verbände besser entgegen-
treten zu können — folgende Vereinbarungen getroffen:

- 1. Im Interesse der Metallarbeiterschaft sollen bei Streiks
und Aussperrungen beide Verbände gemeinsam und einheitlich
vorgehen; insbesondere bei der einzuschlagenden Taktik, bei Be-
ginn, Fortsetzung und Beilegung der Kämpfe.
2. In Orten und Bezirken, wo die Mitgliederzahlen der
beiden Verbände sehr ungleich sind, soll bei Festlegung der Taktik
diejenige Organisation das Bestimmungsrecht haben, welche
die größte Mitgliederzahl ausweist und demgemäß die größte
moralische und finanzielle Verantwortung zu tragen hat. Jedoch
soll auf die Minderheit gebührend Rücksicht genommen werden.
3. Keiner der beiden Verbände soll dem anderen Teil bei
Streiks oder Aussperrungen Schwierigkeiten bereiten, sei es durch
Drängen zum Streik oder bei Abbruch des Streiks. Bei Be-
wegungen, welche größere Dimensionen anzunehmen geeignet sind,
sollen sich vorher außer den Bezirksinstanzen die Hauptleitungen
beider Verbände verständigen.
4. Die eventuelle Unterstützung nicht bezugsberechtigter Mit-
glieder bei Streiks und Aussperrungen soll möglichst gleichmäßig
erfolgen, und haben die Hauptvorstände von Fall zu Fall Höhe
und Umfang der zu gewährenden Unterstützung gemeinsam festzusetzen.
5. Gegenüber den Ausschaltungsbestrebungen gegnerischer
Organisationen bei Tarifabschlüssen und Verhandlungen sollen
beide Verbände gemeinsam vorgehen, um sich die Anerkennung
und das Mitbestimmungsrecht zu sichern.
6. Die Agitation, Abhaltung von Versammlungen usw. be-
treibt jede Organisation absolut selbständig, ebenso steht es jeder
Organisation frei, für sich Eingaben an Behörden und Parlamente
zu richten und Erhebungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen
zu veranstalten.
Angriffe persönlicher oder sachlich verletzender Art sollen so-
wohl in der mündlichen Agitation, wie in den Verbandsorganen,
Flugblättern usw. zwischen beiden Verbänden vermieden werden.
Ebenso sind Auseinandersetzungen über grundsätzliche oder taktische
Fragen mit parlamentarischer Taktik zu führen.
7. Bei Streikfällen mit anderen Organisationen soll entweder
wohlwollende Neutralität gewahrt oder freundliche Hilfeleistung
geübt werden.
8. Unbeschadet der getroffenen Vereinbarungen wahrt jede
Organisation ihre absolute Selbständigkeit, und werden die grunds-
sätzlichen und organisatorischen Verschiedenheiten der Organi-
sationen in keiner Weise berührt. Eine Einmischung auf partei-
politische oder konfessionelle Gebiete ist ausgeschlossen.
9. Jede Organisation kann von den getroffenen Verein-
barungen zurücktreten. Jedoch hat die Zurücktretende drei (3)
Monate vorher dem anderen Teile dieses schriftlich unter Vor-
legung der Gründe zum Kenntnis zu bringen.
10. Sämtliche Differenzen über Nichterhaltung der getroffenen
Vereinbarungen sollen durch die Hauptvorstände der beiden Ver-
bände gepriit und für deren Beseitigung Sorge getragen werden.
Vorstehende Vereinbarungen treten mit dem 15. September
1911 in Kraft.
Hannover, den 30. August 1911.
Für den Gewerksverein der deutschen Maschinenbau-
und Metallarbeiter:
W. Gleichauf. G. Hartmann. A. Strubelt.
Für den Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands:
Fr. Wieber. Hirschfelder. Klotz.

Ein Märchen gab auf dem sozialdemokratischen Parteitag
zu Jena der Delegierte Scheibe-Vochum zum besten, indem
er folgendes erzählte:

„Im Westen bereitet sich nun sogar ein Zusammengehen des
Zentrums mit den Nationalliberalen vor; die Koalition ist dem
Abschluss nahe! Man hat die christlichen Gewerkschaften darauf
vorbereitet, daß sie eventuell für die nationalliberalen Schatz-
macher eintreten müßten. Zentrumsvorstandsleute der christlichen
Gewerkschaften haben das Zentrum davor gewarnt und daher
wurde zunächst aus der Koalition für die Hauptwahlen nichts.
Aber die rheinisch-westfälischen Werksbesitzer haben den Führern
der Christlichen den Daumen auf die Brust gedrückt und da sind
diese umgefallen. Die Schatzmacher drohten mit der Gründung
von Werkvereinen im ganzen rheinisch-westfälischen Gebiet, haben
aber erklärt, von dieser Gründung absehen zu wollen, nachdem
die christlichen Gewerkschaftsführer ihnen die schriftliche Garantie
gegeben haben, daß sie im ganzen rheinisch-westfälischen Industrie-
benden die christlichen Gewerkschaften auffordern würden, für die



Kandidaten der nationalliberalen Scharmacher zu stimmen. Den Parteivorstand möchte ich ersuchen, dies Material über die Haltung des Zentrums — die im krassen Widerspruch steht zu der Stellung des Zentrums gegenüber Wasserfall im Saarbrücken — genügend auszufächeln und die unerhörte Stellungnahme der christlichen Gewerkschaftsführer nach Gebühr zu kennzeichnen."

Der brave Dinnus hat unatürlich geklungen. Was er über die christlichen Gewerkschaften ausführte, ist alles erlogen. Den Werkbesitzern fällt es im rheinisch-westfälischen Industriegebiete gar nicht ein, mit der Gründung von gelben Gewerkschaften zurückzuhalten, wie zahlreiche Neugründungen von Werkvereinen in den letzten Monaten beweisen. Andererseits ist es kompletter Unsinn zu behaupten, die christlichen Gewerkschaftsführer hätten die schriftliche Garantie gegeben, daß sie bei der Reichstagswahl im ganzen Ruhrrevier die Nationalliberalen unterstützen würden. Jeder christliche Gewerkschaftler weiß, daß sich unsere Bewegung an die parteipolitischen Kämpfe nicht rührt und niemals zu Gunsten dieser oder jener bürgerlichen Partei eine Wahlparole ausgeben kann. Daß sich allerdings christliche Gewerkschaftler zur Wahl eines Sozialdemokraten verpflichten, wird auch wohl der einfältigste „Genosse“ nicht erhoffen.

Unser Bauarbeiterverband hielt seinen diesjährigen Verbandstag anfangs September zu München ab. Neben der Freilegung organisatorischer Fragen beschäftigte sich der Verbandstag mit den Strömungen in der Tarifbewegung, wozu Herr Referendar Röhr-Langendreier und Redakteur Becker von der Baugewerkschaft Referate erstatteten. Den Schluß des Verbandstages bildete ein gehaltvoller Vortrag des Herrn Dr. Sonnenschein-M. Gladbach über die geistige Bildung des Arbeiterstandes. Bemerkenswert ist, daß Herr Gewerbegerichts-Direktor Brenner, ungewisselhaft einer der besten Kenner der Tarifentwicklung, den Verhandlungen des Verbandstages beiwohnte.

In wichtigen Änderungen beschloß die Generalversammlung zunächst eine anderweitige Regelung der Streikunterstützung. Nach dem bisherigen Statut war nur eine dreimalige Abholung in der Zeit eines Jahres vorgesehen. Das mußte zu harten Ungerechtigkeiten gegenüber jenen Kollegen führen, die als jahrelange treue Mitglieder der Organisation trotzdem mit ihren Unterstützungsätzen nicht höher kamen wie die, die ihr nur erst kurze Zeit angehört. Um diesen Kollegen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, um aber auch den übrigen zu zeigen, daß sie keine Vorrechte mehr genießen, sondern sich nur selbst schädigen, wenn sie glauben, nur bei Streiks der Organisation beitreten zu sollen, wurde eine Klassifizierung von einem halben Jahr bis über acht Jahre in sieben Abteilungen vorgenommen. Die Krankenunterstützung wurde von 26 Wochen auf 13 herabgesetzt, dafür aber auch der Winter ausgedehnt. Die Sterbeunterstützung erfuhr eine klarere Festsetzung und Abänderung einiger Unzulänglichkeiten. Sämtliche Unterstützungsätze wurden in übersichtlichen Tabellen angeordnet. Neueingeführt wurde eine Militärunterstützung für die zum aktiven Heeresdienst eingezogenen Mitglieder. Dieselbe erhöht sich nach der Höhe der Beiträge in vier Klassen, zwischen 6 bis 12 Mk. Für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge unter siebzehn Jahren, falls sie weniger als 2,50 Mk. pro Tag verdienen, wurde eine besondere Beitragsklasse eingeführt. Diese bezahlen bei unentgeltlicher Aufnahme in den Verband pro Woche 10 Pfg. während der üblichen Beitragszeit. Dafür erhalten sie das Verbandsorgan und Rechtsschutz, sowie Anrechnung der Mitgliedschaft, wenn sie nach vollendetem 17. Lebensjahr in eine höhere Beitragsklasse aufrücken, zur Hälfte als Vollmitglied. Das Verbandsorgan, die „Baugewerkschaft“, soll ab 1. Januar 1912 in verkleinertem Format und achtmalig wöchentlich erscheinen. Eine Seite soll für Jafetats reserviert werden. Damit wird einem allseitigen Wunsch der Mitglieder Rechnung getragen.

Metallarbeiter-Ausperrung im Saarland. Seit ca. 20 Wochen sehen 400 Arbeiter des Neuwalzwerk A.-G. zu Metzgarde in Streit resp. in der Ausperrung. Sämtliche Beteiligte gehören dem christlichen Metallarbeiterverbande an. Die Firma stellte sich vom vornherein auf dem Standpunkt, mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln. Um alle Möglichkeiten einer friedlichen Beilegung des Streites zu versuchen, verhandelte eine Kommission der Arbeiter mit der Vertretung. Nachdem durch gegenseitiges Entgegenkommen eine

Verständigung erzielt und den Arbeitern einige Verbesserungen zugesichert waren, beschloßen die Arbeiter am Montag, den 18. September die Arbeit wieder aufzunehmen. Als die Arbeiter zur Arbeit erschienen, nahm die Firma Neuwalzwerk unter den 250, die wieder eingestellt werden wollten, eine große Auslese vor. 40—50 sollten nicht wieder eingestellt werden. Dieses Vorgehen verursachte bei den Arbeitern eine große Erbitterung und alle Beteiligten lehnten die Aufnahme der Arbeit ab. Der Arbeitgeberverband für Mendon und Umgegend sucht nun durch eine Bekanntmachung (Ausperrungsbeschuß) die Sache so darzustellen, als die Firma Neuwalzwerk nicht genug Arbeiter zur Wiederaufnahme des vollen Betriebes erhalten könne. Es heißt darin:

Wir geben hiermit bekannt, daß am Sonnabend, den 23. ds. Mts. sämtliche in unsern Betrieben beschäftigte organisierte Arbeiter die Kündigung erhalten, falls nicht bis spätestens vormittags 8 Uhr dieses Tages bei der A.-G. Neuwalzwerk so viel Arbeitskräfte wieder eingestellt werden konnten, als diese Firma zur Wiederaufnahme des vollen Betriebes in allen Abteilungen vorläufig benötigt. Mendon, den 20. September 1911.

Der Arbeitgeberverband Mendon und Umgegend. Die Firma Neuwalzwerk konnte genug Arbeiter bekommen. Sie wollte aber von den 250 zur Arbeit gemeldeten Ausgesperrten 40—50 maßregeln. Schuld an der Fortdauer des Streites hat darum einzig und allein die Firma. Wenn der Arbeitgeberverband trotzdem durch eine Ausperrung aller organisierten Arbeiter das Wirtschaftsleben und die Industrie schwer erschüttern will, so ist das ein großes Unrecht gegen alle interessierten Kreise.

Zur Beilegung der niederrheinischen Tabakarbeiterausperrung. Bei den meisten größeren Kämpfen, bei denen zwischen den beiden Parteien nicht von vornherein Verhandlungen stattfinden, unterlaufen bei den öffentlichen Auseinandersetzungen auch Unrichtigkeiten und Mißverständnisse. So auch bei der die letzten Tage beilegte Tabakarbeiterbewegung des Niederrheins. Die beiden Parteien haben daher beschlossen, folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„In den am 14. und 15. September 1911 zu Kaldenkirchen gepflogenen Verhandlungen zwischen dem Verbands christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands und dem Niederrheinischen Zigarrenfabrikantenverband R. G. S., welchen auch drei Mitglieder vom Vorstande des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften beiwohnten, wurde festgestellt:

Die in der Presse erschienenen Berichte, als habe der R. G. S. einen die Beilegung des Verbandes christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands bezweckenden Prinzipienkampf gegen diesen Verband, bezw. eine Unterbindung des Koalitionsrechtes der Arbeiter beabsichtigt, sind durchaus unzutreffend; auch entspricht es nicht der Wirklichkeit, wenn dem Vorsitzenden R. G. S., dem Inhaber der Firma Henrichs, Olsenhoff junior & Comp. zu Nees, eine derartige, ihm gänzlich fernliegende Absicht zu gemutet wird. Weiterhin ergaben die Verhandlungen, daß die Firma Henrichs, Olsenhoff junior & Comp. zu Nees weder den Arbeitern ihrer Rauchtabakfabrik gekündigt, noch irgend eine Maßregelung ergreifen, oder überhaupt beabsichtigt hat.

Das geht auch schon daraus hervor, daß genannte Firma sich bereit erklärt hat, diejenigen christlich-organisierten Arbeiter der Rauchtabakfabrik, welche die Kündigung eingereicht hatten, bei eintretender Bilanz an erster Stelle zu berücksichtigen.

Ueber die schwebenden Lohnfragen in Kaldenkirchen kam es zu einer vollen Verständigung.

Die Arbeit in den dem R. G. S. angeschlossenen Betrieben wird baldmöglichst wieder aufgenommen. (Ist inzwischen schon geschehen. D. R.)

Den Seiten des R. G. S. wurden Vorschläge unterbreitet zur Einrichtung eines Schiedsgerichtes, behufs Verhinderung von Kündigungen und Ausperrungen bei auftauchenden Lohnfragen; die Vorschläge sollen in nächster Zeit verwirklicht werden.

Verband christlicher Tabak- und Niederrheinischer Zigarrenfabrikantenverband Deutschlands, Kaldenkirchen-Verband.

Hr. F. Köblach, 2. Vorsitzender. Alex Kersten. Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Heint. Kurtzschid.

### Soziale Rundschau.

Leuerungsvorstellungen. Die anhaltende Leuerung fast aller Lebensmittel hat dazu geführt, daß in verschiedenen Ländern Revolten ausbrachen. So in Frankreich, Belgien und Oester-

reich. Besonders vermerkt zu werden verdient eine Revolte die am Sonntag, den 17. Sept. in Wien stattfand. „Genossen“ hatten hier eine Demonstration gegen die Leuerung veranstaltet und in der heftigsten Weise ihre den faulen Anhängern über die Ursachen der Leuerung „angeklagt“. Kein Wunder deshalb, wenn nach der beendet Protestversammlung die „Genossen“ ihren eingekipften Gefühlen freien Lauf ließen und Fenster einwarfen, Häuser Brand steckten, Straßenbahnen umwarfen, Polizisten verhaften, mit Schießprügel hantierten, Barrikaden bauten. Zum Schutze der Bürgerchaft und des Eigentums mußte dann Militär einschreiten und mittelst Bajonetts und Flinten die Ordnung wiederherstellen. Hunderte von Personen sind bei dieser sozialdemokratischen Gegenwartsarbeit verletzt worden. Eine Person wurde getötet. Daß nur die Sozialdemokratie die Schuld an diesen Vorkommnissen trägt, ist die einmütige Ansicht aller besonnenen Leute. In gerade freventlicher Weise wird der Staat und die bestehende Gesellschaftsordnung für die Leuerung verantwortlich gemacht während es hauptsächlich die durch die langanhaltende Dürre hervorgerufene schlechte Ernte ist, die zur allgemeinen Preissteigerung führte. Daneben steht manches auf dem Schuldkonto der Sozialdemokratie geistesverwandten Großhändler und Börsenjobber. Nur benebelte fanatische Gehirne können indes eine Besserung der Dinge von Revolten erhoffen. Mögen noch so viel Barrikaden gebaut, Häuser angezündet und Menschenleben geopfert werden, die durch die Dürre verursachte Leuerung wird dadurch nicht behoben. Den „Genossen“ ist das jedoch gleich. Ihnen ist jedes Mittel recht die Massen zu revolutionieren. Je dümmere das Volk, weniger Einsicht es besitzt, desto besser für sie. Obgleich Revolten bisher im Ausland stattfanden, und dadurch erwiesen wird, daß fast alle Länder von der Leuerung getroffen sind, schreien unsere deutschen Genossen noch Tag um Tag um Oeffnung der Grenzen, Aufhebung der Zölle und dergleichen. Nach ihnen ist selbstverständlich die agrarische Wirtschafts- und Sozialpolitik des deutschen Reiches an der Leuerung schuld. Wollten die „Genossen“ ehrlich sein, dann müßten sie eingestehen, daß man im Ausland noch weniger hat, wie wir in Deutschland haben und deshalb auch die Oeffnung der Grenzen und die Aufhebung der Zölle uns gar nichts nützen können. Wer nichts befehlen kann dem andern eben auch nichts abgeben. Logik braucht ein Sozialdemokrat allerdings ja auch nicht zu besitzen. Hauptsache ist, daß er schimpfen und trafeelen kann.

Im „Tag“ widmet ein Dichter den Wiener Sozialdemokraten folgende Strophen:

Schaff' nun, hungrig Publikum, Schaffe Brot in deinen Magen, Hilf dir selbst! Zertrümm're drum Türen, Räume, Tramway-Wagen!

Brot! O liebliche Musik! Brot fehlt unsern bleichen Mäthern, Laßt uns deshalb die Kraft Und den Silberladen plündern!

Und die Leuerung, sapperlot, Ist von Feuer schwer zu trennen, Will'ger werden Fleisch und Brot, Wenn ringsum die Schulen brennen.

Nur mit wohlgefülltem Bauch Kann gesund der Arme bleiben, Darum schmeißen wir ja auch Steine in die Fensterscheiben.

Volksgesundheit will der Bund, Den wir schließen. Herrlich glänzt er, Und es ist nichts so gesund Wie der Schlaf bei offenm Fenster.

Die Revolte nützt direkt, Wenn dir in den Eingeweiden Erst 'ne blaue Bohne steckt, Wirft du nie mehr Hunger leiden.

### Briefkasten.

Kollege Siglreitmeier, Tischler, aufgenommen zu München wird gebeten, seine Adresse dem Kollegen Meyer aus Trostberg zur Zeit in Münster i. W., kath. Gesellenhaus, mitzuteilen.

### Eine gutgehende Wagnerei

mit schönem Betrieb, sehr Bohnung in einer sehr empfindlichen Stadt am Bodensee (7-8000 Einwohner), fast ohne Konkurrenz, wegen Konkurrenz ist zu verkaufen. Da außer einem kleinen Betrieb, einiges Geschäft am Plage, für einen freibewerben Wagner sehr geeignet, für eine gute Erziehung zu verschaffen. Umgehend wird nachgegeben. Notwendiges Kapital 2-4000 Mk.

Bessere Auskunft wird gerne erteilt. Offerten unter K. L. 14 an die Expedition dieses Blattes.

### Schreiner-Gesuch!

Einige tüchtige auf Reichholz Möbel (Erg. Tisch- und Schlafzimmern) eingerichtete Tischler werden bei hohem Lohn (Wohnortbest.) in dauernde Beschäftigung genommen. Möchte Interesse zu erlangen bei der Expedition dieses Blattes.

### 4-5 tüchtige Möbelschreiner

nicht unter 24 Jahre, werden nach Worms gesucht. Besondere Rechnung bei der Verwaltung der Zählstelle des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

### Staatl. unterstützte städtische Fachschule für Handwerk u. Industrie Düsseldorf.

### Tageskursus für Schreiner.

Beginn: 2. Oktober 1911. Schluß: 30. März 1912.

Der Unterricht umfasst wöchentlich 14 Stunden; hiervon 24 Stunden Zeichnen. In jedem Monat neue Unterrichtsfächer (Ausführung, Geschäftsaussatz, gewerbliche Gesetzeskunde, Rechnen, Planimetrie, Maschinenkunde u. a. m.). Der Eintritt in den Kursus kann jederzeit erfolgen. Jedem Teilnehmer ist freigestellt zu bestimmen an welchen Unterrichtsfächern und wie lange er am Unterricht teilnehmen will. — Schulgeld: 10. — Mk. pro Monat; für den ganzen Kursus 40. — Mk. Aufnahmebedingungen: mindestens zweijährige Praxis und Vollendung des 17. Lebensjahres. — Im Anschluss an den Kursus kann die Meisterprüfung abgelegt werden. Das Meisterstück kann in der Schule angefertigt werden; die Schulzeit wird als Schulzeit angerechnet. Anmeldungen und Anfragen an die Direktion der Fachschule, Düsseldorf, Opernplatz 87.

Der Direktor: Zillmer.

### Mehrere tüchtige Möbelschreiner

auf dauernde Arbeit gesucht; ebenso ein Bauhelfer. Stellung dauernd. Auskunft erteilt gegen Rückporto: Arbeitsamt des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Peter Klein, Kettwich i. L., Hermannstr. 20.

Mehrere tüchtige Möbelschreiner finden in Regenz dauernde Beschäftigung auf feinere Möbel. Auskunft bei Matthias Pflanzinger, Bergmannstraße 12.

### Mehrere tüchtige Möbelschreiner finden

in Regenz dauernde Beschäftigung auf feinere Möbel. Auskunft bei Matthias Pflanzinger, Bergmannstraße 12.

### Spaidingen (Württemberg).

Mehrere tüchtige Möbelschreiner auf feinere Schlafzimmern finden dauernde Arbeit. Auskunft bei der Ortsverwaltung des Verbandes.

### Ein älterer, erfahrener Möbelschreiner

der durchweg feinste Arbeit macht, wird von einem größeren Betriebe in westfälischer Stadt, wo er geübene Arbeiten hergestellt werden, gesucht. In der Hauptsache obliegt dem Gesuchten die Anfertigen der Polsterarbeiten und das Prüfen der Zeichnungen auf die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit des Zusammenbaues; allenfalls die Voranschlag und das Berechnen der Möbel. Stelle eignet sich auch für einen Mann, dem an der Hand sauer wird, seinen vollen Lohn verdienen und durch ein Unglück in seiner sonstigen Arbeitsfähigkeit beschränkt ist. Reflektanten die Stelle, die sich den Ansprüchen gewachsen glauben, wollen ihre Offerte unter H. L. an die Expedition des „Holzarbeiter“ gelangen lassen.

### Eingelegte Fourniere

für Nähtische, Schatullen u. Gänge. Musterbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungsbriefchen.

Eustach. Biller, Marqueter, Heidelberg, Theaterstraße 7.